„Rechtsstaat und Unabhängigkeit“. In vier Arbeitskreisen ging man aktuellen Fragenstellungen nach, die ihren Fokus auf die Weiterentwicklung zu einem modernen Rechtsstaat in Österreich gerichtet waren. Diese Rezension beschränkt sich auf den für die DUD relevanten Aspekt „Medien und Rechtsstaat“, der in der 4. Arbeitssitzung diskutiert wurde.

Unabhängige Medien können als Kontrollorgan im rechtsstaatlichen Sinne verstanden werden. Eine freie Berichterstattung kann in der Tat zur Kontrolle der Gerichte beitragen. In der jüngeren Vergangenheit zeigen dies die Beispiele des Schnellverfahrens gegen den thüringischen Ministerpräsidenten Althaus bzw. das Gerichtsverfahren gegen den russischen Unternehmer Chodorkowski. Prof. Dr. Langenberger ging in seinem Tagungsbeitrag der Frage nach, welche gesellschaftlichen Wirkungen und Folgen von der Kommunikationsfreiheit auszugehen vermögen und welche Auswirkungen zu beobachten sind, wenn eine Gesellschaft auf dieses Korrektiv verzichtet. Er analysiert in diesem Zusammenhang die verfassungsrechtliche Diskussion in Deutschland zu Art. 5 GG. Aus dieser Untersuchung leitet Langenbacher eine Reihe von Thesen ab, die in der Zukunft diskutiert werden müssen. Demokratische Gesellschaften sind der Gefahr ausgesetzt, dass politische Klassen dazu tendieren die Öffentlichkeit für ihre Zwecke einzusetzen und zu instrumentalisieren. Weiter komme den Medien zunehmend die Aufgabe einer institutionalisierten Opposition und stellt damit ein wichtiges Instrument der Sicherstellung der parlamentarischen Opposition. Auch die Flexibilität, mit der sich die Medien in der Gesellschaft bewegen, führt zu öffentlicher Aufmerksamkeit und damit Transparenz. Sie sind somit faktisch als „Vierte Gewalt“ zu begreifen und demgemäß verfassungsrechtlich zu sichern.

Dr. Klenk, Journalist und Jurist in Wien, ging in einem weiteren Beitrag der Frage nach, wie sich die Unabhängigkeit der Justiz und die Unabhängigkeit der Medien gegenseitig schaden – und nützen. Er diskutiert z.B., ob der Staat in Redaktionsräume eindringen darf, journalistisch ermittelte Kenntnisse beschlagnahmen darf und beleuchtet die Gefahr der Instrumentalisierung von Opfern. Seine Analyse setzt bei der Spiegel-Affäre aus dem Jahr 1962 und schlägt den Bogen bis zum neuen journalistischen Erscheinungsformen, wie das „Bloggen“. Er sieht die Aufgabe der Garantie der Unabhängigkeit

und Unbefangenheit der journalistischen Arbeit durch den modernen Rechtsstaat. Die anschließende Diskussion hat aufgezeigt, dass eine breite gesellschaftliche Diskussion notwendig ist und die stetigen gesellschaftlichen Veränderungen, gerade vor dem Hintergrund latenter terroristischer Bedrohungen, ständig neue Herausforderungen an die Medienfreiheit im modernen Rechtsstaat sicher zu stellen.

Ludwig Gramlich

Braun-Lüdicke, Sebastian: Der Konzerndatenschutzbeauftragte. Eine Analyse der rechtlichen und praktischen Bedeutung. DuD-Fachbeiträge, hrsg. v. A. Pfitzmann, H. Reimer, K. Rihaczek, A. Roßnagel. Gabler Edition Wissenschaft. Wiesbaden, 2008. XVIII, 288 S. € 49,90

ISBN 978-3-8349-1430-9

Das von A. Roßnagel – dem Doktorvater dieser in Kassel entstandenen Dissertation – im „Geleitwort“ angekündigte Füllen einer „Lücke“ des Datenschutzrechts von „großer praktischer Relevanz“ (S. VI) weckt Interesse, das die auch vom Umfang her beachtliche Arbeit durchaus verdient, zumal das Autor selbst seine Analyse mit der Feststellung beginnt, der Konzerndatenschutzbeauftragte sei ein „bisher nicht normiertes Rechtsinstitut des Datenschutzrechts, welchem sowohl durch die Legislative als auch durch die Wissenschaft aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden müsste“ (S. 1). Sein Aufbau ist dabei überaus klassisch, einsetzend mit Grundlagen und allgemeinen Ausführungen über das „Betriebsbeauftragtensystem“ vor allem im Umweltrecht (Kap. 2), fortschreitend über die rechtliche Bedeutung von Datenschutzbeauftragten generell (Kap. 3: Bestellung/Stellung im Unternehmen/Aufgaben/persönliche Anforderungen/Haftung – abgerundet durch Überlegungen zur Stellung im Verhältnis zum Betriebsrat, einem Blick auf Regelungen in anderen europäischen Staaten sowie – in einem Exkurs [?]- der Beziehungen zu Risikomanagement und Corporate Compliance) bis hin zur „Sonderform“ des Konzerndatenschutzbeauftragten. Diesem „Institut“ – als Kern der Untersuchung (Kap. 4) – wird jedoch nicht nur eine überaus detaillierte Beschreibung gewidmet (die wie die vorhergehende zum Datenschutzbeauftragten allgemein leserfreundlich in eine „Stellungnahme“ mündet); vielmehr hat der Autor eine inhaltlich durchaus repräsentative Zahl

(12) von Beauftragten eingehender befragt (dazu näher Anhang, S. 287 f.) und vermag daher (in Kap. 5) einen differenzierten Blick auf die aktuelle Praxis zu vermitteln (persönelle und institutionelle Einordnung/Konzern- und Konzerndatenschutzorganisation/spezielle Wirkungsbereiche des Konzerndatenschutzbeauftragten). Damit gelangt er (in Kap. 6) zu einer Synthese in Gestalt der Darstellung einer „Gesamtsituation“, bei der zunächst eine rechtliche (theoretische und dogmatische), sodann eine empirische Bewertung unternommen wird und aus beiden dann „Schlussfolgerungen“ gezogen werden, die auch einen konkreten Normierungsvorschlag beinhalten (S. 255: Ergänzung des § 4f Abs. 2 BDSG).

Im „Ergebnis und Ausblick“ kommt der Autor auf die mit der rechtssicheren Einsetzung eines Konzerndatenschutzbeauftragten nicht direkt verknüpfte, wenn auch damit oft vermengte „Konzernklausel“ (zur Erleichterung des internen Datenflusses zwischen Teilen eines Unternehmensverbundes, S. 254) zu sprechen und schlägt hierfür als ersten Schritt die Erprobung von Selbstregulierungsmechanismen vor (S. 261). Zudem erscheint es nur konsequent, wenn er so dann festhält, dass „langfristig“ ein Konzerndatenschutzbeauftragter „mit EU-weiter Anerkennung“ das Ziel sein muss (S. 262).

Auch wenn zuweilen das Bemühen um akademische Gründlichkeit die Lektüre etwas zäh erscheinen lässt, so lohnt sie sich auf jeden Fall, zumal offensichtlich eine genaue Schlussredaktion erfolgt ist (gleichwohl mit kleinen Defiziten wie unrichtigen Angaben zu Vorschriften – S. 59, 60 – oder Verschreiben wie „Geschäftsleistung“, S. 109) und die einzelnen Kapitel dicht miteinander verwebt sind. Der strikte Bezug zu „Konzernen“ i. S. d. AktG ist auf nationaler (deutscher) Ebene im Sinne klarer und eindeutiger Zuordnung gewiss plausibel, bereits auf EG-Ebene aber nicht mehr ohne weiteres praktikabel. Vor allem sollte aber – auf den Überlegungen von Braun-Lüdicke aufbauend, aber über diese hinaus gehend – weiter gefragt werden, ob ähnliche Gründe (Vorteile) wie im Konzern auch für eine Zentralisierung von Datenschutzbeauftragten in Franchise- oder anderen „Netzwerken“ gelten oder ob hier nicht ein anderer Weg zur Optimierung des Schutzes des Persönlichkeitsrechts in (privaten) Organisationen einzuschlagen ist. Auch wäre etwas eingehender zu erörtern, ob und inwieweit dabei auf Seiten der „verantwortlichen Stelle“ in einem Unternehmen(sverbund) Art. 12 GG relevant wird (und nicht „nur“ Art. 2 Abs. 1; so S. 22 f.).